AUSGABE 3/2011 WWW.PAPIERLOSEZEITUNG.CH

Papierlose Zeitung

NACH DEM "ARABISCHEN FRÜHLING": EINE NEUE MAUER GEGEN MIGRANT INNEN?

BLEIBERECHT BERN. DIE IM HERBST 2010 AUSGE-BROCHENEN REVOLTEN IN NORDAFRIKA UND IM NAHEN OSTEN HABEN EINE NEUE MIGRATIONS-WELLE AUSGELÖST. NUR EIN KLEINER TEIL GELANGT JEDOCH NACH EUROPA. Die sozialen und politischen Umwälzungen, die die Länder des Maghrebs und des Nahen Osten seit Dezember 2010 erleben, boten Anlass, die traditionellen, teilweise islamophoben Denk- und Handlungsmuster des Westens gegenüber der Region - "Unfähigkeit, sich zu modernisieren" sowie "allgemeine Neigung zum Terrorismus" zu hinterfragen. Das hat jedoch noch lange nicht gereicht, um die widersprüchliche Haltung der Europäischen Union und der Schweiz gegenüber den Revolten aufzuheben. Einerseits werden die Demokratisierungsprozesse in der Region begrüsst, andererseits jedoch die Kontrollmassnahmen gegen die fliehenden Menschen verstärkt.

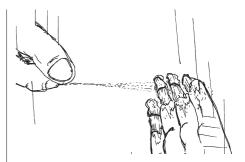
Fortsetzung Seite 2



DIE ARABISCHEN REVOLTEN
Die Reaktion der EU und der Schweiz auf die Revolten ist hart → Seiten 1 – 5



MIGRATIONSPOLITIK SCHWEIZ Von der politischen Produktion rechtloser Arbeitskräfte → Seite 8



AUS DER BEWEGUNG Irgendwo müssen wir anfangen: Wenn Berufsschüler Flüchtlinge treffen → Seite 6

EDITORIAL

Heute, am 25.06.2011, findet in Bern das Festival "Gekommen um zu bleiben" statt. Auf eine festliche und künstlerische Art und Weise soll auf die alltäglichen Probleme und Möglichkeiten der Migrant_innen in der Schweiz aufmerksam gemacht werden. Das Berner Bleibemit recht-Kollektiv hat sich Sonderausgabe der Papierlosen Zeitung zum Ziel gesetzt, sowohl den globalen als auch den schweizerischen migrationspolitischen Kontext, in dem dieses Festival stattfindet, abzustecken. Denn unterschiedliche globale Entwicklungen deuten zur Zeit darauf hin, dass eine neue Phase der weltweiten Migrationspolitik eingeläutet wird.

Die sozialen und demokratischen Revolten im Arabischen Raum haben die Politik der Externalisierung von Kontrollen der Migrationsströme an die Aussengrenzen der Europäischen Union (in Libyen, Marokko etc.) vor neuen Herausforderungen gestellt. Täglich ist in den Nachrichten zu lesen, dass ein "Menschen-Tsunami" die EU-Grenzen erreicht. In der Tat beläuft sich die Zahl der Flüchtlinge, die aufgrund der Ereignisse in Nordafrika die italienische Insel Lampedusa erreicht hat, auf 40'000 Menschen. Seit Anfang Jahr haben etwas mehr als 600 Flüchtlinge die Schweiz erreicht – eine äusserst geringe Zahl verglichen mit der Lautstärke der politischen Aufschreie gegen die Flüchtlinge aus Nordafrika.

Anfang Mai 2011 erschien ein neuer Bericht zu den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Neun Jahre nach der Einführung der Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz ist festzustellen, dass – zusammen mit einer Abschottungspolitik gegenüber Angehörigen von nicht EU-Staaten – ein System der Produktion billiger Arbeitskräfte entstanden ist. Die betroffenen Migrant_innen leben meist ohne Rechte und hängen von den Bedürfnissen der Unternehmen ab, die sie im Niedriglohnsektor einsetzen.

Schliesslich erscheinen in den politischen Debatten um Wohn- und Lebensraum und um die energetischen Grenzen der Schweiz die Migrant_innen wieder einmal als "schwarze Schafe". Eine Initiative der Vereinigung Umwelt und Bevölkerung (Ecopop) will die Netto-Migrationsquote begrenzen, um die "dramatische Überbevölkerung" in der Schweiz zu stoppen und die hiesige Lebensqualität zu garantieren. Mensch glaubt sich in einer Neuauflage der Überfremdungsinitiative, in der die "das Boot ist voll"-Rhetorik – auch wenn mit anderen Argumenten – wieder an Aufschwung gewinnt.

Wir hoffen, mit dieser Sonderausgabe der Papierlosen Zeitung eine politische Debatte in Gang setzen zu können, die uns hilft, gegen Rassismus und Ausbeutung zu kämpfen – ein noch heute notwendiger Kampf. (Red.) Fortsetzung von Seite 1

Die Geschehnisse haben einen Einfluss auf die Migrationsströme nach Europa. Dies vor allem aufgrund des Krieges in Libyen. Dieses Land zählte zwischen 1,5 und 2 Millionen ausländische Arbeiter innen aus Bangladesch, China, den Philippinen, Indien sowie Ägypten und Tunesien. Seit Beginn des Krieges haben ca. 700'000 Menschen Libyen verlassen, hauptsächlich in Richtung Tunesien, Ägypten und der südlichen Grenzen. Sie wurden in diesen Ländern in einer bemerkenswerten Art und Weise von der lokalen Bevölkerung aufgenommen und dies trotz der mangelnden Infrastruktur und der grossen Schwäche der so genannten "internationalen humanitären Hilfe".

Darüber haben die Medien in Europa nicht berichtet. Hingegen mangelte es nicht an Berichten über die "überschwemmende Welle" auf der Insel von Lampedusa (Italien) – für diejenigen, die bei der Überquerung nicht den Tod fanden! Die Zahlen zeigen jedoch ein anderes Bild: Bis Ende Mai 2011 sind 15'000 Flüchtlinge von Libyen nach Lampedusa geflohen. Das Gleiche gilt für Flüchtlinge aus Tunesien, von wo aus 25'000 Menschen nach Italien gekommen sind.

Die EU und die Schweiz zögerten nicht, die Mauer gegen die aussereuropäischen Migrant_innen auszubauen. Und sie verlangen von den Regierungen südlich des Mittelmeers "grössere Härte". Das motiviert diese Regierungen, die polizeilichen und militärischen Mittel zu stärken, um "Ordnung zu bewahren".

Gaddafi war ein Vorzeigeschüler der "Festung Europa". Sein "Sturz" läutet die Geburt eines verstärkten Dispositivs in Europa ein, welches Kontrollen innerhalb des Schengen-Raumes miteinbezieht. In einem Satz: Die EU und die Schengen-Mitgliedstaaten setzen ausschliesslich eine noch repressivere Politik um. Diese hat mörderische Folgen: Seit Anfang 2011 sind 1'150 Menschen im Mittelmeer gestorben oder verschwunden. Diese Zahl steigt täglich.

Während einige tausend Migrant_innen die italienischen Küsten erreicht haben, ist der italienische Premierminister S. Berlusconi am 4. April 2011 nach Tunis gereist, wo er von einem "Menschen-Tsunami" gesprochen hat. Er hat der tunesischen Übergangsregierung ein Abkommen auferlegt, das Folgendes enthält: Italien bewilligt denjenigen Flüchtlingen, die das Meer schon überquert haben, ein sechsmonatiges Schengen-Visa. Hingegen werden alle neuen Migrant_innen wieder nach Tunesien zurückgeschickt. Am 7. Mai wurde ein erstes Schiff von den tunesischen Grenzwächter aufgehalten.

Dieses Abkommen ist der Ursprung einer "vorübergehenden Krise" zwischen Italien und Frankreich. In der Tat hat Frankreich gegen diese Visa protestiert, weil sie den Migrant innen erlauben, im Schengen-

Raum zu reisen. Seither hat Frankreich die Grenzkontrollen intensiviert, schickt Tunesier_innen zurück und blockiert die Grenzen (und verstösst somit selbst gegen das Schengen-Abkommen...). Es ist ironisch zu bemerken, dass – um nicht zurückgeschickt werden zu können – die Visa-Inhaber_innen die Summe von 62 Euro täglich aufweisen müssen, also 1860 Euro monatlich, während der monatliche Mindestlohn in Frankreich...1365 Euro beträgt! Seither sind die Grenzen jedes Landes also wieder eingeführt worden.

Die Schweiz, als Mitglied des Schengen-Raumes, unterscheidet sich nicht von dieser Praxis. Sie beteiligt sich aktiv an der verschärften Grenzkontrollpolitik. Seit der Einführung des Regelwerkes von Schengen/ Dublin finanziert sie jährlich mit durchschnittlich 9 Millionen Euro das Verschliessen der EU-Aussengrenze. Neulich hat die Schweiz ihr Einverständnis zur Stärkung von Frontex (Agentur der Aussengrenzen, eingeführt von den Mitgliedstaaten) gegeben und beteiligt sich an den Diskussionen um die Kontrolle der nächsten "Flüchtlingswellen". Die Medien berichten über einen "Anstieg von 50% bei des Asylsuchenden aus Nordafrika". Diese Zahl betrifft...612 Personen.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga schlägt vor, Bundeslager einzurichten, um die Asylentscheide zu beschleunigen und somit Menschen schneller ausschaffen zu können. Gleichzeitig wird "wegen des Exodus aus Nordafrika" von einer Überlastung der Empfangszentren des Bundes gesprochen. Um die Wirtschaftsflüchtlinge von den "tatsächlichen" Flüchtlingen zu unterscheiden, sollen Internierungslager (sic!) aufgebaut werden, "wo das ganze Asylverfahren abgewickelt wird, von der Ankunft bis zur Rückführung", so der Berner Regierungsrat Hans-Jürg Käser.

Die arabischen Revolten haben die Migrations- und Grenzpolitik der EU und der Schweiz stark unter Druck gesetzt. Es ist heute noch unklar, wie genau die neuen Kontrollmechanismen der Migrationsströme aussehen werden - weder an den Aussengrenzen der EU, noch innerhalb des Schengen-Raumes. Die EU hat auf Druck Italiens und Frankreichs schon mal entschieden, in "Ausnahmefällen" (was ist ein Ausnahmefall?) die internen Grenzen wieder herzustellen. Doch eines ist klar: Nur durch eine internationale Widerstandsbewegung gegen Repression und Kontrolle kann vermieden werden, dass unter dem Deckmantel des internationalen Rechts weiterhin tausende von Menschen während ihrer Flucht getötet und menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Westen ausgesetzt werden.

TÖTUNGSMASCHINERIE IM MITTELMEER

SEIT DEM AUSBRUCH DER ARABISCHEN REVOLTEN STERBEN VERMEHRT FLÜCHTLINGE IM MITTELMEER. DIES IST EINE FOLGE DER REPRESSIVEN GRENZKONTROLLPOLITIK DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT.

Seit Januar 2011 sind ca. 1000 Personen beim Versuch, die gefestigten Küsten im Süden der Europäischen Union (EU) zu erreichen, im Meer umgekommen. Hunderte von boat people wurden durch die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft getötet (vgl. Papierlose Zeitung 1/2010, S. 5).

Sie zählen genauso wie weitere 15'000 Tote zu den Opfern eines "Krieges gegen Migrant_innen", der zur Zeit den Gipfel der Unmenschlichkeit erreicht. So ist (nach übereinstimmenden Informationen) seit einigen Tagen ein Boot mit mehr als 600 Personen vor der libyschen Küste in Seenot geraten – dies in einer allgemeinen Gleichgültigkeit.

Diese Gleichgültigkeit tötet. Die britische Tageszeitung "The Guardian" berichtet in ihrer Ausgabe vom 8. Mai 2011, dass Anfang April 2011 ca. 60 Migrant_innen verhungert und verdurstet sind, nachdem sie tagelang auf hoher See abgetrieben waren. Bedroht von den Patrouillen, die den Zugang zu den italienischen und maltesischen Küsten verhinderten, standen sie auch unter der Kontrolle der internationalen Koalition, die in Libyen stationiert ist.

Nun muss eine unabhängige Ermittlung den Verantwortungsbereich all jener Akteure festlegen, die den in Not gelangten Schiffen und Menschen nicht zur Hilfe kamen und damit die elementarsten Gesetze des internationalen Seerechts verletzt haben.

Dies ist symptomatisch für eine widersprüchliche Koalition, die eigentlich die "Verantwortung zu beschützen" garantieren sollte und stets von der internationalen Gemeinschaft verteidigt wird. Die gesamte europäische Migrations- und Grenzkontrollpolitik ist in Frage gestellt.

Seit Beginn des Jahres 2000 spielen die Regierungen der nordafrikanischen Länder die Rolle der Grenzwächter Europas, indem sie Menschen, die das Recht auf Auswanderung geltend machen wollen (Art. 13. der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte), verfolgen und einsperren. Die Übergabe der Kontrollfunktionen über die Migrationsströme an diktatorische Regime steht im Herzen der Nachbarschaftspolitik der EU. Angesichts der historischen Ereignisse, die die arabische Welt erlebt, besteht die Reaktion der europäischen Staaten darin, Druck auf die politischen Kräfte auszuüben, die aus den Aufständen entsprungen sind (provisorische Regierung Tunesiens, nationaler Übergangsrat Libyens), damit sie das



Illustration: ZETT

repressive und freiheitsbedrohende Erbe der Partner-Diktaturen der EU vollständig übernehmen.

Um zu verhindern, dass einige Tausend Menschen aufgrund der Schwächung der polizeilichen Apparate den Versuch starteten, nach Europa zu gelangen, hat die Agentur Frontex ihre militärischen Mittel (Schiffe, Flugzeuge, Helikopter...) rund um die Insel Lampedusa und vor den tunesischen und libyschen Küsten verstärkt. Ziel dieser "Operation Hermes" ist es, vor der Abreise in Richtung Norden abzuschrecken, unter Nichtbeachtung der Genfer Konventionen von 1951 und des Prinzips der NichtZurückweisung von Asylsuchenden.

Die Flüchtlinge aus Nordafrika, die in Europa nach Schutz suchen, sind heute in einer Tötungssmaschinerie gefangen. Auf der einen Seite drängt sie das Regime von Gaddafi auf regelrechte Schiffswracks, um das Land zu verlassen; auf der anderen Seite lehnen es die unter der Flagge der internationalen Koalition stehenden Schiffe ab, den sich in Gefahr befindenden Migrant_innen zu helfen.

Die europäischen Staaten und die Agentur Frontex dürfen nicht weiterhin unbestraft die internationalen Konventionen in Sachen Rettung im Meer und Schutz der Flüchtlinge verletzen. Eine solidarische Intervention der EU im Mittelmeer ist möglich und muss der unmenschlichen Haltung der europäischen Staaten gegenüber nordafrikanischer Flüchtlinge ein Ende bereiten. Solange diese Feindlichkeit nicht aufhört, wird die Koalition, die unter dem Namen der "Verantwortung zu beschützen" handelt, weiterhin töten und das internationale Recht, das sie eigentlich verkörpern sollte, missachten.

Medienmitteilung des Netzwerkes Migreurop, erschienen am 11. Mai 2011.

Weitere Informationen vom und zum Netzwek Migreurop: www.migreurop.org

Ausgabe 3/2011

FREIHEIT STATT FRONTEX — KEINE DEMOKRATIE OHNE GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT

DIE ARABISCHEN REVOLTEN GELTEN ALS GLOBALE BEFREIUNGSBEWEGUNG. IN IHNEN BIRGT SICH DIE MÖGLICHKEIT NEUER RÄU-ME DER FREIHEIT UND GLEICHHEIT.

Die Dynamik des arabischen Frühlings strahlt aus in die ganze Welt. Die Aufstandsbewegungen im Maghreb machen Mut und Hoffnung, nicht nur weil despotische Regime verjagt werden, die vor kurzem noch unüberwindbar erschienen. So offen die weiteren Entwicklungen bleiben, im Dominoeffekt der tunesischen Jasminrevolution meldet sich in atemberaubender Schnelligkeit die alte Erkenntnis zurück, dass Geschichte von unten gemacht wird. Die Kämpfe richten sich gegen die tägliche Armut wie auch gegen die allgemeine Unterdrückung, es geht gleichermassen um bessere Lebensbedingungen wie um Würde, kurz: um "Brot und Rosen".

Die unglaublichen Tage auf dem Tahrirplatz in Kairo stehen für die Suche nach neuen Formen der Selbstorganisierung und Basisdemokratie. Der Wunsch nach gleichen Rechten, nach Autonomie und Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum, spiegelt sich aber auch in den Booten Richtung Europa wieder: jetzt aus Tunesien, seit Jahren aus Nord- und Westafrika.

"Exit" – sich die Bewegungsfreiheit zu nehmen und zu migrieren, um ein anderes, besseres Leben zu finden, und "Voice" – die Stimme zu erheben und den Kampf vor Ort zu führen, sind keine Gegensätze, sie stehen vielmehr in einem lebendigen Wechselverhältnis.

Das hatten – noch offenkundiger – bereits die Umbrüche 1989 gezeigt. Die Abstimmung mit den Füssen katalysierte damals die Protestbewegungen gegen das realsozialistische Unterdrückungsregime.

Die Mauer ist auch deshalb gefallen, weil die Menschen ihre Bewegungsfreiheit durchgesetzt haben. Um so verlogener erscheint heute die Freiheitsrhetorik westlicher PolitikerInnen, die angesichts der Migrationsbewegungen aus und über Nordafrika einmal mehr das Bedrohungsszenario der Überflutung bemühen, gegen die nun die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Stellung gebracht wird.

Die EU-Regierungen haben die nordafrikanischen Machthaber hofiert und gestützt und sich in den letzten Wochen zögerlich bis bremsend gegenüber den Aufstandsbewegungen verhalten. Dahinter stecken starke ökonomische Interessen, aber auch die gewachsene Kollaboration in der Migrationskontrolle. Despoten wurden umso wichtigere "Partner", je effektiver sie als Wachhunde für ein vorverlagertes EU-Grenzregime fungierten.

Migrationsbewegungen aus Afrika sollten um jeden Preis eingedämmt werden. Tausendfacher Tod und Leid nicht mehr nur auf See, sondern auch in den Wüsten und Internierungslagern waren und sind die Folgen dieser schändlichen Komplizenschaft. Die subsaharischen MigrantInnen, die aktuell in Libyen Opfer pogromartiger Hetzjagden werden, sahen sich unter dem Gaddafi-Regime seit Jahren einer systematischen Entrechtung, Willkür und Misshandlungen ausgeliefert. Die EU hat dem libyschen Diktator Millionen gezahlt und Überwachungstechnik geliefert, eine ähnliche Kooperation gibt es mit dem marokkanischen Machthaber, und bis vor kurzem auch mit dem tunesischen Regime. Die arabischen Revolutionen markieren jetzt das mögliche Scheitern dieses brutalen Ausgrenzungsprojekts der EU im Mittelmeer-



4 Papierlose Zeitung

Mit den gezielt medial gestreuten Befürchtungen über einen Kollaps der Migrationskontrolle wird nun die weitere Verschärfung und Militarisierung des EU-Grenzregimes legitimiert, verkörpert durch Frontex. Die europäische Grenzschutzagentur ergänzt und erweitert die nationalen Kontrollsysteme, die seit Jahrzehnten auf Abschreckung und Kriminalisierung der Migrationsbewegungen zielen. Frontex soll – wie bereits vor der westafrikanischen Küste oder an der griechisch-türkischen Grenze – nun auch verstärkt vor Nordafrika zum Einsatz gebracht werden.

Italien erhält die Federführung für diese "Operation Hermes". Das ist konsequent und schockierend ehrlich: In Folge des Schulterschlusses zwischen Berlusconi und Gaddafi kam es in den letzten Jahren zu unzähligen unrechtmässigen Rückschiebungen im Mittelmeer, der italienische Staat hat sich geradezu als Meister im Bruch aller Flüchtlingsskonventionen inszeniert. Und nicht zufällig wird kriminalisiert, wer das Leben der Boatpeople rettet. Das zeigen die Fälle der Cap Anamur oder der tunesischen Fischer, deren Prozesse in Italien noch immer andauern.

MigrantInnen suchen Schutz oder ein besseres Leben in Europa. Sie wandern gegen ein Reichtumsgefälle, das ganz wesentlich in den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen Europa und Afrika begründet liegt. In Europa muss sich der universelle Anspruch auf Freiheit und Demokratie deshalb am Umgang mit denjenigen messen lassen, die auf dem Weg der Migration gleiche Rechte einfordern. Frontex steht für den Ausbau eines tödlichen Grenzregimes, für das in einer freien Welt kein Platz ist. Der Tod an den Aussengrenzen könnte schon morgen Geschichte sein. Aber das ist politisch nicht gewollt. Stattdessen führen die EU-Verantwortlichen einen regelrechten Krieg an den Aussengrenzen. Innerhalb der EU gehören Entrechtung und Abschiebung zum rassistischen Alltag, in dem "Integration" als Druckmittel der Anpassung und Ausbeutung in den Niedriglohnsektoren benutzt wird. Doch dieser selektive Umgang mit Migration ist mit Widerständigkeiten und Beharrlichkeiten konfrontiert, die das System der Ungleichheiten und Unfreiheiten immer wieder herausfordern. Nicht zufällig findet in dieser bewegten Zeit ein dramatischer Hungerstreik von 300 maghrebinischen MigrantInnen für ihre Legalisierung in Griechenland statt. Und verstärkt flackern Bleiberechtskämpfe und migrantische Streiks quer durch Europa auf, seit Sans Papiers - insbesondere aus Afrika vor 15 Jahren in Paris mit der Forderung "Papiere für Alle" in die Öffentlichkeit tra-

Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen

Stellungnahme der Netzwerke Afrique-Europe-Interact, Welcome to Europe und Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, erschienen am 8. März 2011.

Weitere Informationen: www.kritnet.org

ÜBER DIE HAZARA IN AFGHANISTAN: POLITISCHE SITUATION UND DISKRIMINIERUNG

QASEM ALIZADA UND RIZA HAIDARI*. EHTNISCHE KONFLIKTE DOMINIEREN SEIT JEHER DEN ALLTAG IN AFGHANISTAN. EIN BERICHT ÜBER DAS LEBEN DER HAZARA.

Die Hazara wurden nach dem Fall der schiitischen Safawiden und der Gründung des modernen Afghanistan, wo sie sowohl eine ethnische als auch eine konfessionelle Minderheit darstellen, immer wieder Opfer von Diskriminierung, besonders durch die paschtunische Elite. Nach der Unterwerfung des Hazaradschat unter Abdur Rahman Khan gab es in den 1890er Jahren Pogrome, und Tausende Hazara wurden versklavt.

Im afghanischen Bürgerkrieg bildete sich die Hizb-i Wahdat ("Partei der Einheit") als schiitische politisch-militante Gruppierung heraus, die von den Hazara dominiert worden ist. Ihr geistiger und ideologischer Vater, Abdul Ali Mazari, wurde 1995 bei Kämpfen gegen die Taliban gefangen genommen und kam bei einem Hubschrauberunglück auf der Überstellung nach Kandahar ums Leben. Im Verlauf des Krieges kam es wiederholt zu Übergriffen an der Hazara-Zivilbevölkerung. So wurden 1993 bei den Angriffen der Dschamiat-i Islami unter Ahmad Schah Massoud sowie der Ittihad-i Islami unter Abdul Rasul Sayyaf auf Stellungen der Hizb-i Wahdat in Kabul erstmals auch gezielt Angehörige der dortigen Hazara-Bevölkerung getötet. Die schlimmsten Übergriffe stellten die Massaker dar, die die Taliban 1997 bei der Rückeroberung Mazar-i Scharifs sowie 2001 nach der Wiedereinnahme des Hazaradschats verübten. Vorausgegangen waren allerdings Massenexekutionen von Taliban durch Hazara-Truppen nach deren misslungenem Angriff auf Mazar-i Scharif im Jahr 1996.

In jüngster Zeit geriet der indische Film "Kabul Express" des paschtunischen Regisseurs Kabir Khan im Zusammenhang mit der Diskriminierung der Hazara in die Kritik; ihm wurden rassistische Beleidigungen gegenüber den Hazara vorgeworfen. Literarisch wurde die Diskriminierung der Hazara auch im Bestsellerroman "Drachenläufer" des Autors Khaled Hosseini thematisiert.

Vor dem Bürgerkrieg und der sowjetischen Invasion besuchten jährlich bis zu 100.000 Touristen das Hazaradschat, um die Buddha-Statuen von Bamiyan zu sehen, welche vor ihrer Zerstörung die größte Touristenattraktion Afghanistans darstellten. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes gilt Hazaradschat heute (2011) als vergleichsweise sichere Region, in der Anschläge und der Anbau von Schlafmohn zur Opiumherstellung kaum verbreitet sind. Es hat Fortschritte in der Schulbildung - auch von Mädchen - gegeben. Frauen haben bei den Hazara mehr Freiheiten als bei anderen Volksgruppen Afghanistans. Die Hazara Habiba Sarabi ist als Gouverneurin der Provinz Bamiyan landesweit die einzige Frau in diesem Amt. Eine weitere bekannte Hazara ist die Ärztin und Politikerin Sima Samar.

* Die beiden Autoren sind Exil-Hazara.

Ausgabe 3/2011 5



IRGENDWO MÜSSEN WIR ANFANGEN

— ZUM BEISPIEL AUF DEM
MARKTPLATZ IN MEIRINGEN

AMANDA BAGHDASSARIANS. DAS NOTHILFE-ZENTRUM AUF DEM BRÜNIG LIEGT WEIT ENTFERNT VON DEN URBANEN ZENTREN. EIN VERSUCH, ANWOHNER_INNEN UND FLÜCHTLINGE NÄHER ZU BRINGEN.

Jetzt mal im Ernst, das Schlimmste sind die Vorurteile gegenüber Ausländer innen, Meiringer innen und gegenüber den 18 Berufsschülern in Interlaken Ost. Vorurteile stören, stören diesen Impuls, auf das Fremde zuzugehen und machen, dass wir mit diesen hässlich zugekniffenen Augen und den grausam verstopften Ohren herumlaufen. Vielleicht stellte Bleiberecht für alle gerade aus diesem Grund ihren Stand mitten auf den Meiringer Markt, um die Leute vor Ort solidarisieren zu können, und zwar gegen die unmenschliche Behandlung der abgewiesenen Asylbewerber im so genannten Sachabgabezentrum auf dem Brünig. Die Ohren und Augen der Bleiberechtler innen waren offen und die Leute kamen zum Stand, wollten hören, was sie zu sagen hatten, stellten Fragen und zeigten sich betroffen über den Umgang mit abgewiesenen Flüchtlingen. Die Lehrerin der 18 Berufsschüler aus Interlaken Ost war auch auf dem Meiringer Markt und hatte keine Fragen, aber sie wünschte ihren Schülern eine Begegnung mit einem Menschen, der in der Schweiz nur noch Anspruch auf sechs Franken pro Tag hat - so sollte es gesche-

Als ich und Mischa, ein abgewiesener Flüchtling, in der Schule ankommen, werden meine zugekniffenen Augen durch das herzliche Händeschütteln der Berufsschüler gelockert. Wir setzen uns hin und sie beginnen Fragen zu stellen. Mischa erzählt, wie er in die Schweiz gelangt sei und wie er hier nun festsitze, in einem Sachabgabezentrum. Zurück in sein Heimatland wolle er nicht, er möchte hier ein normales Leben führen dürfen. Er berichtet über die vier Duschen für 60 Leute – das mit dem Warmwasser sei so eine Sache, geduscht werde, wenn überhaupt, nur kalt. Privatsphäre gebe es freilich keine, denn du teilst dir den Raum mit mindestens fünf anderen Menschen, deren Sprache du nicht sprichst. Mischa beschreibt, wie es sich anfühle, nicht zur Ärztin gehen zu können, weil er als Papierloser keine Krankenkasse habe. Das Schlimmste aber sei, nicht arbeiten zu dürfen, zum Nichtstun verdammt zu sein, ohne konkrete Perspektive. Die Schüler begreifen sofort: All das, was sie in ihrem Leben tun, was sie benötigen und wünschen, wird Mischa verwehrt. Und auf einmal räumt ein Schüler ein: "Also ich bin kein Ausländerfreund, aber das ist doch verrückt - wenn Mischa arbeiten will und er dies nicht darf - da läuft doch was falsch!" Ich nicke und kann nicht aufhören ihn anzustarren. Dieser Schüler hatte eben begonnen, die Gesellschaft und die Politik mitverantwortlich zu machen für die

Lebensumstände eines abgewiesenen Menschen und viel wichtiger noch: in diesem Augenblick wurde Mischa zu einem Mitmenschen, für den die gleichen Rechte gelten sollten wie für ihn selbst.

Illustration: ZETT

Bleiberechtler innen fordern: Kein Mensch darf gegen seinen Willen ausgewiesen werden, weil dies immer körperliches Leid und psychische Folter bedeuten. Migranten und Migrantinnen haben viel auf sich genommen, um in ein anderes Land zu kommen. Es sind mutige Menschen, deren Fähigkeiten die Schweizer Politik unterschätzt und die durch das repressive Asylgesetz in die Illegalität getrieben werden. Deshalb stellt Bleiberecht für alle noch immer ihren Stand mitten auf den Meiringer Marktplatz und wartet auf Leute, die an einer Solidarisierung interessiert sind. Denn irgendwo müssen wir anfangen, z. B. auf dem Marktplatz in...

6 Papierlose Zeitung

DIE ERFOLGREICHE GESCHICHTE DES RECHTS AUF ABLEHNUNG

EINE NEUE REVISION DES ASYLGESETZES IST IN PLANUNG. EIN BLICK AUF DIE GESCHICHTE DER SCHWEIZER ABLEHNUNGSPOLITIK.

1938

Nazideutschland versieht Pässe jüdischer Bürger_innen mit einem J-Stempel. Die Schweiz verweigert daraufhin Flüchtlingen mit J-Pässen die Einreise.

1942

Die Schweizer Grenze wird dichtgemacht. Flüchtlinge werden an der Grenze zurückgewiesen und den Nazis überlassen.

1951

Die UNO verabschiedet in Genf die Internationale Flüchtlingskonvention.

1955

Die Schweiz tritt der Genfer Flüchtlingskonvention bei, ratifiziert die dazugehörigen Protokolle allerdings erst 1967.

1956

Nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands durch die Sowjets nimmt die Schweiz kollektiv ca. 10'000 ungarische Flüchtlinge auf.

1968

Nach dem Prager Frühling nimmt die Schweiz kollektiv 11'000 tschechoslowakische Flüchtlinge auf.

1970

Die Schweiz stimmt über eine Beschränkung des Ausländer_innenanteils auf 10% ab. Die Schwarzenbach-Initiative wird – mit 46 Prozent Ja-Stimmen – vom damals noch rein männlichen Stimmvolk abgelehnt.

1973

In Chile wird der sozialistische Präsident Salvador Allende durch einen Militärputsch entmachtet. Die Schweiz will erst nur 200 sozialistische Flüchtlinge aus Chile aufnehmen. Das Kontingent wird nur auf öffentlichen Druck hin erweitern.

1974

Die Volksinitiative "gegen Überfremdung und Überbevölkerung" scheitert an der Urne.

1976

Nach dem Militärputsch in Argentinien verweigert die Schweiz kollektive Aufnahmen. Jedes argentinische Asylgesuch wird einzeln überprüft.

1977

Die zweite "Überfremdungsinitiative" scheitert an der Urne.

1981

Die erste Schweizer Asylgesetz (AsylG) tritt in Kraft. Es stützt sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention. Die Flüchtlinge erhalten kein Grundrecht auf Asyl, sondern müssen ein Individualverfahren bestehen.

1984

Das erste Revision des AsylG tritt in Kraft. Zur Kürzung der Verfahren wird bei "offensichtlich unbegründeten" Gesuchen auf eine Befragung verzichtet, die zweite Beschwerdeinstanz wird abgeschafft und Internierungsmöglichkeiten für abgewiesene Asylsuchende werden eingeführt.

1988

Die zweite Revision des AsylG tritt in Kraft. Gesuche können nur an einem der 25 vorgesehenen Grenzübergänge eingereicht werden. Die "Ausschaffungshaft" wird ausgebaut. Die Revision wird in einer Volksabstimmung mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Abgewiesenen Asylsuchenden wird ein R-Stempel für "retour, refusé, respinto" in den Pass gedruckt.

1990

Die dritte (Teil-)Revision des AsylG tritt in Kraft. Alle Asylsuchenden werden "erkennungsdienstlich" behandelt. Das dreimonatige Arbeitsverbot wird auf sechs Monate ausgedehnt. Als erstes Land in Europa führt die Schweiz die "Safe-Country-Regelung" ein, auf Gesuche von Personen deren Herkunft als "sicher" eingestuft werden, wird nicht eingetreten.

1995

Das "Bundesgesetz über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht" tritt in Kraft. Folgende Neuerungen werden eingeführt: Vorbereitungshaft (Internierung für drei Monate), Ausschaffungshaft (bis zu neun Monate), Gebietssperren. Kinder ab fünfzehn Jahren werden wie Erwachsene behandelt, Wohnungen können durchsucht werden, wenn die Polizei darin illegale Flüchtlinge vermutet.

1996

Die SVP-Initiative "gegen die illegale Einwanderung" wird abgelehnt, doch 47 Pro-

zent befürworten, illegal Eingereisten grundsätzlich kein Asyl zu erteilen und das Einkommen von Asylsuchenden durch den Bund zwangsverwalten zu lassen.

1997

Die Armee wird eingesetzt, um an der Südgrenze illegal Einreisende zu verhaften.

1999

Die vierte (Total-)Revision des AsylG tritt in Kraft. Es gelten keine Gerichtsferien mehr; Flüchtlinge, die im Flughafen ein Asylgesuch stellen, können ausgeschafft werden, bevor ihr Anwalt informiert wird.

2000

Die 18 Prozent-Initiative wird abgelehnt. Der Initiant Philipp Müller, FDP, wollte den Ausländeranteil in der Schweiz auf 18 Prozent beschränken.

2002

Die SVP-Initiative "gegen Asylrechtsmissbrauch" wird an der Urne knapp abgelehnt. Der Inhalt dieser Initiative wird in der 5. Asylrevision aufgenommen.

2004

Ein Bundesbeschluss revidiert das AsylG zum fünften Mal. Wenn in einem EU-Staat bereits ein abgelehntes Asylgesuch vorliegt, wird in der Schweiz auf ein Asylgesuch grundsätzlich nicht mehr eingetreten. Nichteintretensentscheide (NEE) können neu bereits innerhalb von 10 Tagen nach Einreichung des Gesuchs gefällt werden. Die Beschwerdefrist wird von 30 auf 5 Tage reduziert. Asylsuchende mit NEE werden von der Sozialhilfe ausgeschlossen.

2007/2008

Die sechste Revision des AsylG tritt in Kraft. Alle Personen mit einem negativen Asylentscheid werden von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Das Fehlen eines Identitätsbelegs führt grundsätzlich zu einem NEE, die Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft wird von einem auf zwei Jahre verlängert. Es kann neu eine Durchsetzungshaft von bis zu 18 Monaten für Erwachsene und bis zu 12 Monate für Minderjährige ab 15 Jahren verhängt werden.

2009

Die Minarett-Initiative der SVP wird angenommen. Muslim_innen wird in der Schweiz das Recht auf Religionsfreiheit beschnitten. Neu dürfen keine Minarette mehr gebaut werden.

2010

Die Ausschaffungsinitiative der SVP wird angenommen. Drogenhandel, Einbruchs-, Gewalts-, Tötungs- oder Sexualdelikte wie auch Sozialhilfemissbrauch führen bei Ausländer_innen automatisch zur Ausschaffung.

Ausgabe 3/2011 7

VON DER POLITISCHEN PRODUKTION RECHTLOSER ARBEITSKRÄFTE

MAURIZIO COPPOLA. PAPIERLOSE SIND BILLIGE UND RECHTLOSE ARBEITSKÄFTE. IHRE WICHTIGE ROLLE IM NIEDRIGLOHN-SEKTOR IST KEIN ZUFALL.

Anfang Mai 2011 strahlte die Télévision Suisse Romande (TSR) die Reportage Chantiers au noir - die schwarzen Baustellen aus. Der Bericht verdeutlicht die Praktiken von Bauunternehmen, die Papierlose anstellen und sich durch Lohndruck Wettbewerbsvorteile verschaffen: Der Lohn eines illegalisierten Arbeiters auf dem Bau liegt zwei bis drei Mal tiefer als der Mindestlohn. Der Umgang mit papierlosen Arbeitern ist schonungslos, die Arbeits- und Lebensbedingungen sind menschenunwürdig. Sie werden jeweils früh morgens an gewissen Tankstellen in Lausanne und Genf rekrutiert, leben meist zu sechst in Studios, geschlafen wird auf dem Boden. Arbeiter, die krank werden oder sich auf der Baustelle verletzen, werden umgehend weggeschickt. Die Papierlosen arbeiten auf Abruf und sind als Tagelöhner angestellt - alles richtet sich ausschliesslich nach den Bedürfnissen der Unternehmen.

Schwarz angestellt, ohne sozialen Schutz sind die illegalisierten Arbeiter_innen die neuen *Verdammten dieser Erde* des 21. Jahrhunderts – und sie werden immer mehr gefragt sein, vor allem im Niedrig-

IMPRESSUM

Papierlose Zeitung c/o Bleiberecht für alle, Postfach 1132, 8026 Zürich info@papierlosezeitung.ch Druck: Druckerei Reitschule Bern Layout: Landolt/Pfister

KOSTENLOS ABONNIEREN

Schicken Sie uns einfach Ihre Postadresse, mit dem Webformular unter www.papierlosezeitung.ch/abo, per Email oder per Post.

SPENDENAUFRUF

Der Druck dieser Zeitung kostet Geld. Wenn Sie auch finden, dass illegalisierte Migrantinnen und Migranten eine Stimme verdienen, dann unterstützen Sie das Projekt doch mit einer Spende an: Bleiberecht für alle, PC 85-389307-8, Zahlungszweck: Papierlose Zeitung.



lohnsektor der schweizerischen Wirtschaft (Bau, Hotellerie, Gastronomie, Reinigung).

Das migrationspolitische System, das zu einer solchen sozialen Realität auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt führt, ist komplex. Es geht über das einfache Bild einer "Festung Europa" und der bedingungslosen Personenfreizügigkeit innerhalb des Schengen-Raumes hinaus. Tatsächlich werden die Migrationsströme differenzierter verwaltet, und zwar ganz nach den Bedürfnissen der Arbeitsmärkte. Diese sind segmentiert, d.h. je nach Tätigkeit und Qualifikationsansprüche werden unterschiedliche Arbeitskräfte benötigt. Dazu zählen auch billige und rechtlose Arbeitskräfte.

Seit dem 1. Juni 2002 gilt der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und den Ländern der Europäischen Union (EU). Zu Beginn galten noch Kontingente, danach wurden sie schrittweise aufgehoben. Am 1. Juni 2004 wurden zudem die so genannten flankierenden Massnahmen eingeführt. Sie sollten verhindern, dass Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz auf Grund der Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes unter Druck geraten.

Jährlich publiziert das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) Berichte über die Folgen der Einführung der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen. Am 3. Mai 2011 erschien der Bericht über die Umsetzung der flankierenden Massnahmen und über die Wirkung der Schutzmechanismen für die Arbeiter innen (Gesamtarbeitsverträge, Mindestlöhne etc.). Die Resultate sind ernüchternd: Bei 38% aller kontrollierten Personen wurde ein Verstoss gegen die Lohnbestimmungen festgestellt; im Bauhauptgewerbe wurden bei den Temporärarbeitenden sogar in 47% der kontrollierten Fälle missbräuchliche Lohnunterbietung aufgedeckt; die Zahl der in der Schweiz selbständig erwerbenden Menschen aus dem Ausland hat sich zwischen 2005 und 2010 mehr als verdreifacht (von ca. 5000 auf über 15'000), wobei es sich bei über einem Viertel der Personen um eine Scheinselbständigkeit handelt, d.h. die Arbeitgeber innen in der Schweiz zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge. Kurzum: Die Schutzbestimmungen greifen

Was haben nun das Bild, das durch den Film chantiers au noir vermittelt wird, und

diese Zahlen miteinander zu tun? Eine Aussage eines papierlosen, auf den Westschweizer Baustellen arbeitenden Kosovaren bringt es auf den Punkt: "Der Lohn ist nicht so wichtig, Hauptsache, ich habe Arbeit. Unter solchen Bedingungen in der Schweiz zu leben, zugegeben, das ist schwierig. Aber dort unten im Kosovo ist es noch viel schlimmer."

Jährlich reisen nach Europa tausende von Menschen, die aus einem Land stammen, das nicht zum Schengen-Raum gehört. Obwohl die Behörden von der Existenz dieser Menschen wissen, werden sie nicht sogleich zurückgeschickt. Sie werden in Sektoren und Branchen des Arbeitsmarktes eingesetzt, in denen die übelsten Arbeitsund Lohnbedingungen herrschen. Diese Sektoren sind dadurch charakterisiert, dass sie notwendig sind für die Bedürfnisse der Gesellschaft, ihre Tätigkeit jedoch eine sehr geringe Wertschöpfung generiert und die Unternehmen, um ihre Profite zu garantieren, Schwarzarbeiter innen anstellen und miserable Löhne auszahlen. Gerade in der Bauwirtschaft herrschen, wie die Reportage eindrücklich zeigt, unlautere Regeln. Wer in der "freien Marktwirtschaft" überleben will, greift zu kriminellen Methoden. Die Resultate der Seco-Berichte widerspiegeln also nicht zufällig aufgedeckte Missbräuche, sondern vielmehr ein politisches und wirtschaftliches System, welches rechtlose Arbeitskräfte produziert.

Die rechtskonservative Rhetorik, wonach mit dem Ausstieg aus den Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU "Schweizer Löhne und Arbeitsplätze" geschützt werden, passt nicht in dieses Bild. In dieser Perspektive geht es vielmehr darum, die schweizerischen gegen die migrantischen Lohnabhängigen gegeneinander auszuspielen. Dies ist eine historische Konstante. Anfang der 1960er Jahre wurden in der Industrie die schweizerischen Arbeiter vor die Wahl gestellt: entweder mehr Arbeitszeit oder noch mehr "Tschinggen". Ihre Wut richtete sich immer mehr gegen jene, die in ihren Augen an allem schuld waren: die Gastarbeiter. In Stich gelassen von den Gewerkschaften, fanden sie in der 1963 gegründeten "Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat" ihre "Heimat". Bei der Volksabstimmung im Juni 1970 stimmten dann auch 55 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die Schwarzenbach-Initiative. Die Parolen der rechtskonservativen Parteien vermochten also seit jeher die Arbeiter innenschaft in der Schweiz wirksam zu spalten.

Durch die Verteidigung von bessergestellten Arbeiter_innen gegen die von Prekarisierung Bedrohten und letzterer gegen die Papierlosen und "Illegalisierten" wird der Hass zwischen allen Lohnabhängigen geschürt. Der solidarische Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter über die Grenzen der Nationalitäten hinweg, für menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen und für ein Bleiberecht für alle – das ist unsere Botschaft.